Mängel in der Arbeit, ohne Ansehen der Person, sind den leitenden Parteiorganen bis zum Zentralkomitee mitzuteilen.

Kein Parteimitglied darf Mißstände verbergen und Handlungen, die die Interessen der Partei und des Staates schädigen, mit Stillschweigen übergehen.

Jedes Parteimitglied kämpft konsequent um die Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit, von Ordnung, Disziplin und Sicherheit;

i)

aufrechtig und ehrlich gegenüber der Partei zu sein und nicht zuzulassen, daß die Wahrheit verheimlicht oder entstellt wird.

Unaufrichtigkeit eines Parteimitgliedes gegenüber der Partei ist ein ernstes Vergehen;

j)

Partei- und Staatsgeheimnisse zu wahren, in allen Fragen politische Wachsamkeit zu üben und sich stets bewußt zu sein, daß Wachsamkeit der Parteimitglieder auf jedem Gebiet und in jeder Lage notwendig ist.

Der Verrat von Partei- und Staatsgeheimnissen ist ein Verbrechen an der Partei, dem sozialistischen Staat und der Arbeiterklasse. Er ist unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Partei ;

k)

überall, in jeder Stellung die Weisungen der Partei über die richtige Auswahl und Förderung der Parteiarbeiter nach ihrer politischen und fachlichen Eignung zu befolgen, die notwendige Wachsamkeit zu üben, herzloses und bürokratisches Verhalten in der Arbeit mit den Menschen zu bekämpfen. Wer die Parteiprinzipien bei der Auswahl und Förderung der Parteiarbeiter verletzt, nicht die notwendige Wachsamkeit übt, Mitarbeiter auf Grund freundschaftlicher oder verwandtschaftlicher Beziehungen oder persönlicher Ergebenheit auswählt, ist zur Verantwortung zu ziehen.

3

Das Parteimitglied hat das Recht:

a)

in seiner Parteiorganisation, auf den Parteiversammlungen und in der Parteipresse an der Erörterung aller Fragen der Politik der Partei und ihrer praktischen Arbeit teilzunehmen, Vorschläge zu unterbreiten, seine Meinung frei zu äußern, bis die Organisation ihren Beschluß gefaßt hat;

b)

in Parteiversammlungen, auf Plenartagungen der leitenden Parteiorgane sowie auf Parteikonferenzen und Parteitagungen an der Tätigkeit der Mitglieder und Funktionäre der Partei, unabhängig von ihrer Stellung, Kritik zu üben. Parteimitglieder, die Kritik unterdrücken oder bewußt die Unterdrückung der Kritik dulden, sind zur Verantwortung zu ziehen;